

20.36

Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Alois Stöger,
diplômé: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Mir ist es ein Anliegen, hier zum Thema Beschäftigung und Beschäftigungspolitik beziehungsweise Arbeitsmarktpolitik ganz klar Stellung zu nehmen. Es ist tatsächlich so, dass die Arbeitsmarktpolitik in ganz Europa – und natürlich auch in Österreich – eine wirkliche Herausforderung darstellt. Da braucht es gute Antworten, da braucht es auch Kreativität, und da braucht es eine Politik, die das Ziel hat, Arbeitslosigkeit zu verhindern und Beschäftigung zu stärken. Arbeitsmarktpolitik kann dabei nicht der einzige Bereich sein, sondern da braucht es eine gesamte Wirtschaftspolitik, welche die Arbeitsmarktpolitik in vielen Bereichen unterstützt.

Ich kann Ihnen sagen: Der österreichische Arbeitsmarkt wird laufend unterschätzt. Wir haben seit 2010 mehr als 220 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, aber das Arbeitskräfteangebot wächst stärker, dieses ist nämlich um 330 000 gestiegen. Wir haben die Beschäftigungsquote in Österreich erhöht, und wir haben Maßnahmen gesetzt, damit Investitionen auch greifen können.

Wir haben in Europa das grundsätzliche Problem einer Investitionsbremse, und diese muss gelöst werden. Wir brauchen wieder Investitionen, insbesondere auch in die große Infrastruktur. Ich bin hier hereingekommen, als mein Kollege Gerald Klug gerade darüber berichtet hat, wie man zum Beispiel auch in der Verkehrspolitik Investitionen gesetzt hat.

Das braucht es auch in Europa, und es ist uns – dieser Bundesregierung – gelungen, gerade im Bereich der großen staatlichen Investitionen bis zum Jahr 2021 25 Milliarden € auf die Beine zu stellen und das auch umzusetzen.

Ich teile die Auffassung des Herrn Landeshauptmannes des Burgenlandes Hans Niessl, die er auch im Interview sehr deutlich formuliert hat: Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort umsetzen. Und wir haben heute mit dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz versucht, diesem Ziel einen Schritt näherzukommen. Wir haben es auch geschafft, dass die zuständige Kommissarin der Europäischen Union das zu ihrem Prinzip erhoben hat.

Da hat es im Vergleich zu ihrem Vorgänger auch eine Änderung gegeben, es erfolgt da ein wichtiger Schritt, und das ist mir sehr wichtig. *(Beifall bei der SPÖ und bei Bundesräten von ÖVP und Grünen.)*

Ich darf mich bei Bundesrat Stögmüller für seine Worte des Dankes bedanken. Ich glaube, die Diskussion über das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz ist eine wichtige Auseinandersetzung. Wir werden noch viel gemeinsam tun müssen, um es auch umzusetzen, aber wir haben in Österreich eine der härtesten gesetzlichen Regelungen geschaffen, und wir haben auch sichergestellt, dass es Kontrollen gibt; auch das ist wichtig.

Wir werden dem Parlament auch jährlich mitteilen, wie wir kontrollieren, aber wir kontrollieren nicht jeden, sondern wir haben heute im Ausschuss vereinbart, dies risikobasiert zu tun. In jenen Branchen, in denen das Risiko höher ist, werden wir mehr prüfen. Wir wollen nämlich keine Überkontrolle, sondern wir wollen kontrollieren, damit die Bedingungen auch eingehalten werden.

Was mich besonders freut, Frau Präsidentin Zwazl, ist Ihr Zwischenruf. Es ist sehr gut, wenn man einmahnt: Ja, in meinem Bundesland tut man auch viel für Lehrlinge. – Danke dafür! Vielleicht ist es auch wichtig, die Lehrlingsausbildung insgesamt zu stärken.

Wir wissen – ich sage das ganz bewusst –, dass jeder Jugendliche, der über die Schulausbildung hinaus keinen Beruf gelernt hat, eine 50-prozentige Chance hat, arbeitslos zu werden. Wenn wir diesen Menschen eine Ausbildung ermöglichen, dann sind das die richtigen Maßnahmen, und das wollen wir in den nächsten Wochen mit dem Ausbildungspflichtgesetz möglich machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen: Als ich selbst das erste Mal ins Ausland gefahren bin, war ich Lehrling. Mit siebzehn Jahren habe ich meine erste Urlaubsreise angetreten, und wisst ihr, wo ich gestanden bin? – Zwei Stunden im Stau in Spielfeld! Ich habe mich sehr geärgert, aber es hat dazugehört.

Als ich meine erste Reise nach Ungarn angetreten bin, habe ich viele Grenzzäune gesehen und auch Maschinenpistolen und was weiß ich alles erlebt. Obwohl ich nur 30 Kilometer von der tschechoslowakischen Grenze entfernt aufgewachsen bin, habe ich diese Grenze nie überschritten, weil sie in Europa so scharf war, dass man nicht übergekommen ist.

Es ist ein **Riesenerfolg**, dass die Europäische Union die Menschen einander näherbringt. Als Bundesminister sage ich ganz deutlich: Ich habe einen Auftrag bekommen. Ich habe von den Österreicherinnen und Österreichern einen Auftrag bekommen, denn sie haben bei einer Volksabstimmung ganz deutlich gesagt: Wir wollen dieses geeinte Europa haben!, und sie haben diese Grundfreiheiten alle

gekannt. Alle, die abgestimmt haben, haben gewusst, dass wir diese Freiheiten brauchen, dass wir mit diesen Freiheiten auch sorgsam umgehen müssen und – das sage ich auch, und ich werde mich auch dafür einsetzen – dass wir diese Freiheiten nur dann erreichen und erhalten können, wenn wir auch in der Sozialpolitik gemeinsame europäische Regeln schaffen.

Mit dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz lassen wir wenigstens jene Gruppen, die das ausnützen wollen, in Österreich nicht zu. Wir brauchen eine sozialpolitische Diskussion in der Europäischen Union, ohne Vorbehalte, aber dass man einzelne Gruppen ausschließt, tut **unserer** Wirtschaft nicht gut, tut der **europäischen** Wirtschaft nicht gut, und ich bitte, auch mitzubedenken, dass es viele Menschen in Österreich gibt, die täglich eine Grenze überschreiten. Ich brauche mir nur die Grenzgänger in meinem Bundesland Oberösterreich anzusehen. Ich brauche mir nur anzusehen, wie viele Österreicher Studien in anderen Ländern absolvieren.

Mir ist es wichtig, eine viel offenere Gesellschaft zu haben, aber trotzdem die Sozialpolitik, die Arbeitsmarktpolitik im Auge zu haben. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)*

20.44